

CLAIMS RESOLUTION TRIBUNAL

[Inoffizielle Übersetzung des englischen Originaltextes]

In re Holocaust Victim Assets Litigation
Aktenzeichen: CV96-4849

Überwiesener Auszahlungsentscheid

Zu Gunsten der Ansprecherin Istvanne Eva Lente

betreffend das Konto der Kontoinhaberin Margit Langfelder

Geschäftsnummer: 210188/MD

Zugesprochener Betrag: 45'425.00 Schweizer Franken

Grundlage des vorliegenden Auszahlungsentscheids ist die von Istvanne Eva Lente (die „Ansprecherin“) eingereichte Anspruchsanmeldung betreffend das Konto der Margit Langfelder (die „Kontoinhaberin“) bei [ANONYMISIERT] (die „Bank“).

Alle Auszahlungsentscheide werden veröffentlicht. Hat jedoch ein Ansprecher, wie im vorliegenden Fall, nicht um Geheimhaltung gebeten, wird nur der Name der Bank anonymisiert.

Von der Ansprecherin eingereichte Informationen

Die Ansprecherin reichte eine Anspruchsanmeldung ein und führte aus, dass Margit Langfelder die Schwester ihres Grossvaters väterlicherseits sei, sie 1883 in Budapest, Österreich-Ungarn, geboren wurde und sie die Tochter von Vilmos und Rozalia Langfelder sei. Die Ansprecherin gab zudem an, ihre Grosstante habe 1904 Ede Langfelder, einen Mühlenbesitzer, geheiratet. Gemäss der von der Ansprecherin eingereichten Informationen hatten Margit und Ede Langfelder keine Kinder.

Die Ansprecherin erklärte, dass Ede Langfelder 1936 gestorben sei. Sie führte aus, dass Margit Langfelder, die jüdisch war, 1944 in ein Ghetto umgesiedelt worden sei. Sie habe den Holocaust überlebt und sei 1959 in Budapest gestorben. Die Ansprecherin legte zum Nachweis ihres Anspruchs zahlreiche Dokumente vor, einschliesslich Geburtsurkunden, Trau- und Totenscheine.

Aus den Bankunterlagen ersichtliche Informationen

Aus den Bankunterlagen geht hervor, dass die alleinige Kontoinhaberin Frau Margit Langfelder war, eine Witwe, die in Budapest lebte. Die Bevollmächtigte war ihre Mutter, Rosalia Langfelder. Die Bankunterlagen zeigen auf, dass das Konto vor November 1930 eröffnet wurde. Die Kontoart ist nicht bekannt. Aus den Bankunterlagen geht weder hervor, wann das Konto geschlossen wurde oder wem das Kontoguthaben ausbezahlt wurde, noch ist daraus der Wert des Kontos ersichtlich. Es gibt keinen Hinweis auf Kontoaktivität nach 1945.

Erwägungen des Schiedsgerichts

Identifizierung der Kontoinhaberin

Die Ansprecherin hat die Kontoinhaberin plausibel als ihre Grosstante identifiziert. Sie legte die genaue Adresse ihrer Grosstante in Budapest vor und reichte Informationen über die Familie ihrer Grosstante (einschliesslich des Namens ihrer Mutter) ein, die mit unveröffentlichten, aus den Bankunterlagen ersichtlichen Informationen über die Kontoinhaberin exakt übereinstimmen. Überdies reichte die Ansprecherin eine Unterschriftenprobe ihrer Grosstante ein, die der aus den Bankunterlagen ersichtlichen Unterschrift der Kontoinhaberin ähnlich ist.

Status der Kontoinhaberin als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung

Die Ansprecherin hat plausibel dargelegt, dass die Kontoinhaberin Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war. Die von der Ansprecherin vorgelegten Geburtsurkunden und Trauscheine der Kontoinhaberin zeigen auf, dass die Kontoinhaberin jüdisch war. Überdies führte die Ansprecherin aus, die Kontoinhaberin sei 1944, als Ungarn vom Naziregime besetzt wurde, in ein Ghetto umgesiedelt worden.

Verwandtschaftsverhältnis zwischen der Ansprecherin und der Kontoinhaberin

Die Ansprecherin hat plausibel aufgezeigt, dass es sich bei der Kontoinhaberin um ihre Grosstante handelt. Sie hat genaue Angaben über sie vorgelegt und Dokumente, einschliesslich Geburtsurkunden, Toten- und Trauscheine ihrer Verwandten eingereicht, aus denen ihre Beziehung zur Kontoinhaberin ersichtlich ist. Gemäss den von der Ansprecherin eingereichten Informationen starb der Ehemann der Kontoinhaberin vor ihr; sie verstarb 1959 kinderlos. Die Ansprecherin legte eine Kopie des Testaments der Kontoinhaberin vor, in dem die Kontoinhaberin ihr Vermögen dem Vater der Ansprecherin, Gyula Simon, vermachte. Der Vater der Ansprecherin verstarb 1982. Die Ansprecherin führte aus, ihre Mutter sei 1956 gestorben und sie sei Gyula Simons einziges Kind. Auch die übrigen Angaben der Ansprecherin sind plausibel und geben dem Schiedsgericht keinen Anlass, die Angabe, sie sei die Alleinerbin der Kontoinhaberin, zu bezweifeln.

Verbleib des Kontoguthabens

Da die Ansprecherin an einer Auszahlung des Kontoguthabens nicht berechtigt wäre, falls das Kontoguthaben bereits an die Kontoinhaberin oder ihre Erben ausbezahlt wurde, hat das Schiedsgericht die Frage zu prüfen, was im vorliegenden Fall mit dem Kontoguthaben geschehen ist.

Die vom „Independent Committee of Eminent Persons“ bei ihrer Untersuchung von Bankunterlagen bei Schweizer Banken (die „ICEP-Untersuchung“) etablierten historischen Fakten zeigen, dass über das Vermögen von Naziopfern auf Schweizer Banken in verschiedener Weise verfügt wurde. In einigen Fällen haben die Kontoinhaber und/oder ihre Angehörigen die Kontoguthaben abgehoben und selbst erhalten. In anderen Fällen wurden Kontoinhaber von den Nazibehörden gezwungen, das Vermögen auf ihren Schweizer Bankkonten abzuheben und auf Banken zu überweisen, die ihnen von nationalsozialistischen Behörden vorbezeichnet worden waren; das Guthaben fiel dem nationalsozialistischen Regime in die Hände. In anderen Fällen fanden keine Transfers statt, sondern das Kontoguthaben wurde im Laufe der Zeit durch ordentliche und ausserordentliche Bankgebühren aufgebraucht, was schliesslich zu einer Kontoaufhebung führte. In wiederum anderen Fällen – insbesondere nach längerem Ausbleiben von Kontobewegungen oder nach längerer Nachrichtenlosigkeit – verfiel das Guthaben an die Bank. Daher besteht in Fällen, in denen das Kontoguthaben nicht an einen Kontoinhaber oder einen seiner Angehörigen ausbezahlt wurde – so wie nachfolgend aufgeführt offenbar im vorliegenden Fall – eine begründete Wahrscheinlichkeit, dass das Guthaben den Nazis oder aber der Schweizer Bank zufiel.

Obwohl das Schiedsgericht nicht mit Sicherheit bestimmen kann, wer das Kontoguthaben erhalten hat, stellt das Schiedsgericht jedoch fest, dass es plausibel ist, dass weder die Kontoinhaberin noch ihre Erben das Kontoguthaben erhalten haben. Das Schiedsgericht stellt fest, dass die Kontoinhaberin während der Nazibesetzung in einem Ghetto gefangengehalten wurde und keinen Zugang zum Konto hatte. Überdies stellt das Schiedsgericht fest, dass es für die Kontoinhaberin sehr schwierig und gefährlich gewesen sein musste, sich nach dem Zweiten Weltkrieg Zugang zum Konto zu verschaffen, da sie in einem kommunistischen Land lebte. Das Schiedsgericht stellt fest, dass für einen derartigen Versuch ihrerseits oder von Seiten ihrer Erben keine Beweise vorliegen. Zudem gibt es in den Bankunterlagen keinen Hinweis darauf, dass die Kontoinhaberin das Konto geschlossen und das Kontoguthaben selbst erhalten hat.

Grundlagen des Auszahlungsentscheids

Das Schiedsgericht hat festgestellt, dass zu Gunsten der Ansprecherin ein Auszahlungsanspruch besteht. Erstens ist die Anspruchsanmeldung in Übereinstimmung mit den in Artikel 23 der Verfahrensregeln festgelegten Bedingungen zulässig. Zweitens hat die Ansprecherin plausibel dargelegt, dass es sich bei der Kontoinhaberin um ihre Grosstante handelt; dieses Verwandtschaftsverhältnis rechtfertigt einen Auszahlungsentscheid. Schliesslich hat das Schiedsgericht festgestellt, dass es plausibel

ist, dass weder die Kontoinhaberin noch ihre Erben das Kontoguthaben des beanspruchten Kontos erhalten haben.

Zugesprochener Betrag

Gemäss Artikel 35 der Verfahrensregeln wird in Fällen, in denen, wie im vorliegenden Fall, der Wert des Kontoguthabens und die Kontoart unbekannt ist, das Durchschnittsguthaben auf anderen Konten im Jahre 1945 angewendet, um den gegenwärtigen Wert des auszahlenden Kontoguthabens zu errechnen. Gemäss der ICEP-Untersuchung betrug das Durchschnittsguthaben 3'950.00 Schweizer Franken. Gemäss Artikel 37(1) der Verfahrensregeln errechnet sich der heutige Wert dieses Guthabens, indem man den damaligen Wert mit dem Faktor 11,5 multipliziert. Dies ergibt im vorliegenden Fall eine Auszahlungssumme von 45'425.00 Schweizer Franken.

In Fällen, in denen das Kontoguthaben auf den Annahmen der Verfahrensregeln basiert oder in denen das Schiedsgericht festgestellt hat, dass bei einem Konto zu einem späteren Zeitpunkt noch über weitere konkurrierende, gültige Anspruchsanmeldungen zu entscheiden sein könnte, erhalten die Ansprecher zunächst eine Abschlagszahlung von 35% des zugesprochenen Betrags. Im vorliegenden Fall basiert das Guthaben des Kontos auf den in Artikel 35 der Verfahrensregeln festgelegten Annahmen und es besteht die Möglichkeit konkurrierender Anspruchsanmeldungen. Wenn das Schiedsgericht über alle Anspruchsanmeldungen befunden hat, können Ansprecher eine weitere Zahlung von bis zu weiteren 65% des zugesprochenen Betrags erhalten. 35% des zugesprochenen Betrags entsprechen 15'898.75 Schweizer Franken.

Reichweite des Auszahlungsentscheids

Die Ansprecherin wird darauf hingewiesen, dass das Schiedsgericht gemäss Artikel 25 der Verfahrensregeln weitere Untersuchungen betreffend ihre Anspruchsanmeldung durchführen wird, um festzustellen, ob eine Berechtigung an weiteren Schweizer Bankkonten besteht. In diesem Zusammenhang werden ihre Angaben mit der Gesamtkonten-Datenbank (bestehend aus Daten von mehr als 4,1 Millionen Schweizer Bankkonten, die zwischen 1933 und 1945 bestanden) abgeglichen werden.

Auszahlung des zugesprochenen Betrags

Das Schiedsgericht bearbeitet im derzeitigen Verfahrensstadium Fälle, in denen die betreffenden Ansprecher besonders wohlbegründete Ansprüche geltend machen. Das Schiedsgericht kann allerdings derzeit nicht ausschliessen, dass noch über weitere Anspruchsanmeldungen im Hinblick auf dieselben Konten zu entscheiden ist. Die vom Schiedsgericht zur Kontrolle des Verfahrens benannten Sonderbeauftragten haben betont, dass es wichtig sei, möglichst schnell damit zu beginnen, Ansprüche an Holocaustopfer oder ihre Erben auszubezahlen. Die Sonderbeauftragten haben daher das Schiedsgericht beauftragt, in Fällen, in denen das Schiedsgericht einen besonders wohlbegründeten Anspruch festgestellt hat und wo das Risiko konkurrierender Ansprüche gering ist,

Auszahlungsentscheide vorzubereiten und an das U.S.-Gericht zur Genehmigung weiterzuleiten. Dies ist vorliegend der Fall.

In vorliegendem Fall ist das Schiedsgericht der Ansicht, dass die Ansprecherin eine wohlbegründete Anspruchsanmeldung eingereicht hat, wodurch die Wahrscheinlichkeit konkurrierender Anspruchsanmeldungen wesentlich verringert ist. Auf dieser Grundlage – und unter Einbeziehung der Anweisungen der Sonderbeauftragten – empfiehlt das Schiedsgericht dem U.S.-Gericht, den vorliegenden Auszahlungsentscheid zu genehmigen, sodass die Sonderbeauftragten gemäss Artikel 37(3) der Verfahrensregeln die Auszahlung vornehmen können.

Datum

Jason Scott Palmer
Ständiger Richter am Schiedsgericht